

BUNDESWEITER AKTIONSTAG ABSCHAFFUNG ASYLBEWERBERLEISTUNGSGESETZ



Flüchtling, erwachsen
40,90 € Taschengeld
im Monat

22. MÄRZ 2011

15.00 bis 19.00 Uhr

Infoversammlung
Kassiansplatz/Kaufhof

20.00 Uhr

Filmveranstaltung
„Hier zerstören sie unsere Hoffnungen“ - über das Leben im
Flüchtlingslager
Gaststätte Brandlbräu/Ostengasse

Wir fordern:

**Eine menschenwürdige Existenzsicherung
und gleiche Rechte für alle in Deutschland
lebenden Menschen!**

- Weg mit der Lagerpflicht - Alle Menschen haben das Recht in Wohnungen zu leben!
- Weg mit den Essenspaketen - Bargeld statt Essenspakete!
- Weg mit der Residenzpflicht - Recht auf Freizügigkeit und Reisefreiheit!
- Weg mit dem Arbeitsverbot - Recht auf Arbeit und Ausbildung und Deutschkurse!

www.kampagne-abolish.info

15. März 2011

Regensburger Erklärung

Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG)

In der Diskussion über Armut und Verfassungswidrigkeit von Hartz IV erinnern und kritisieren wir, dass 120 000 Flüchtlinge dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) unterliegen. Danach beträgt der Leistungsanspruch für einen alleinstehenden erwachsenen Flüchtling nur 224,97 €/ Monat und somit nur 61, 8% des viel zu niedrigen Hartz IV Regelsatzes (364 €). Kinder erhalten sogar weniger als die Hälfte der Hartz IV Leistungen. Verschärfend kommt das „Sachleistungsprinzip“ hinzu: Erwachsene in den Flüchtlingslagern erhalten ein Taschengeld von nur 40, 90 €/Monat zur persönlichen Verfügung, Kinder nur 20, 45 €/Monat. Alles andere wird in Form von Sachleistungen gewährt: z.B. Essenspakete, Hygieneartikel, Kleidergutscheine.

Seit 1993 sind die Sätze des AsylbLG unverändert! Es gab keine Anpassung an die gestiegenen Lebenshaltungskosten. Außerdem schließt das AsylbLG die Flüchtlinge in starkem Maße von der Gesundheitsversorgung aus. In der Regel werden nur akute Erkrankungen und Schmerzen behandelt. Mit Einführung des AsylbLG 1993 wurde der vorher geltende gesetzliche Grundsatz, Hilfsbedürftigen ein Leben zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht, abgeschafft. Begründet wird das Gesetz seit seiner Einführung bis heute mit „Abschreckung“ und der Behauptung, dass Flüchtlinge weniger Bedürfnisse hätten. Aber das Maß der Hilfsbedürftigkeit richtet sich nicht nach der Herkunft eines Menschen!

Pro Asyl, Landesflüchtlingsräte, Flüchtlingsorganisationen, Menschenrechtsvereinigungen, Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Ärzteguppen und viele andere protestieren seit 1993 dagegen. Sie kritisieren, dass Integration von Flüchtlingen gezielt verhindert wird und betonen den diskriminierenden und menschenverachtenden Charakter des AsylbLG. Aus diesem Grund wird die Abschaffung dieses Sondergesetzes gefordert.

Durch Proteste und Kämpfe von Flüchtlingen wurde auch in Bayern einige Aufmerksamkeit erreicht aber noch keine entscheidende Verbesserung. Die CSU hat nur minimale Veränderungen zugelassen, die Bayerische Staatsregierung beruft sich bei ihren Schikanen auf das AsylbLG. Die Unterbringung von Flüchtlingen in Sammellagern und ihre Verteilung soll nach § 7 der Bayerischen Asyldurchführungsverordnung (DVAsyl) „die Bereitschaft zur Rückkehr in das Heimatland fördern“.

Seit der Hartz IV Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom Februar 2010 räumt selbst die Bundesregierung ein, dass das AsylbLG verfassungswidrig ist. Derzeit werden das Gesetz und Gesetzesentwürfe zu seiner Abschaffung im Bundestag behandelt. Zum bundesweiten Aktionstag am 22. März 2011 fordern wir das Ende der staatlich organisierten Ausgrenzung von Flüchtlingen. Wir schließen uns der überfälligen Forderung nach Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes an und unterstützen damit zusammenhängende Forderungen der Flüchtlinge:

Weg mit der Lagerpflicht	- Alle Menschen haben das Recht in Wohnungen zu leben!
Weg mit den Essenspaketen	- Bargeld statt Essenspakete!
Weg mit der Residenzpflicht	- Recht auf Freizügigkeit und Reisefreiheit!
Weg mit dem Arbeitsverbot	- Recht auf Arbeit und Ausbildung und Deutschkurse!

Wir fordern:

Eine menschenwürdige Existenzsicherung und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen!

www.proasyl.de www.fluechtlingsrat-bayern.de www.fluechtlingsrat-berlin.de www.kampagne-abolish.info www.biasyl.de

Diese Erklärung wird von folgenden Regensburger Gruppen herausgegeben und unterzeichnet:

amnesty international AK Asyl; Arbeitskreis für ausländische Arbeitnehmer e.V.; AStA; attac; BI Asyl; Bund für Geistesfreiheit; Bündnis 90/Die Grünen (Kreisverbände Regensburg, Cham, Kelheim); DGB-Region Regensburg; Die Linke; Frauenzentrum e.V.; Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Kreisverband und Fachgruppe soz.päd. Berufe); Grüne Jugend; Hochschulgruppe Bunte Liste; INitiative GEgen ARmut e.V.; Internationaler Kultur- und Solidaritätsverein e.V.; Jusos in der SPD; Juso-Hochschulgruppe; pax christi; Regensburger Flüchtlingsforum; SPD (Stadtverband und Ortsverein 117 Stadtosten); Soziale Initiativen e.V.; Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken (Bezirk Niederbayern/Oberpfalz u. Kreisverband); SDS; ueTheater; ver.di Jugend Oberpfalz; Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der AntifaschistInnen